

„Die Stimme“

Organ des Gewerkschaftsvereins der
Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Abonnementpreis pro Monat 50 Pf.
Bestellungen richtet man an den
Verlag: Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter
Deutschlands
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 222

Alle Zuschriften für die „Stimme“ an H. Barnheit, Ullm a. D., Rarischtr. 47, Telefon 1442
Alle für den Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmten Postkästen sind zu adressieren
Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Greifswalder Straße 222
Einzige Geschäftsstellen an H. Schumacher, Berlin N. O. 55, Greifswalderstr. 222.
Postfachnummer 29 221 beim Postamt Berlin N. V. 7. Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen die 4-spaltige Zeile
20 Pfennig
Arbeitsmarkt 15 Pfennig
Ortsvereinsanzeigen 10 Pfennig

Kongress des Gewerkschaftsrings.

I

Der III. freiheitlich nationale Kongress trat am 14. März, vormittags 11 Uhr, im Plenarsitzungsaal des Preussischen Landtages in Berlin zusammen. Außer 192 Delegierten aus dem ganzen Reich waren die Berliner Mitglieder in so reicher Zahl erschienen, daß der große Saal kaum ausreichte, um die vielen Hunderte aufzunehmen. Auch die Reichs- und Staatsbehörden hatten eine zahlreiche Vertretung entsandt, an der Spitze den Preussischen Handelsminister Dr. Schreiber. Ferner war anwesend der Präsident des Reichswirtschaftsrats Leopoldt.

Kollege Hartmann führte in seiner Eröffnungsrede folgendes aus:

Als wir an die Frage herantraten, einen Kongress zu veranstalten, haben wir uns gefragt, ob die Zeit geeignet wäre, mit einer solchen Kundgebung an die Öffentlichkeit zu treten. Wir kamen zu der Ueberzeugung, daß gerade in der heutigen Zeit wirtschaftlicher Not, wo große Massen der Arbeitnehmer brotlos sind, es notwendig ist, in der Öffentlichkeit die Meinung und die Stimme der freiheitlich-nationalen Arbeiterchaft zu vertreten. Der Ruf ist nicht vergebens gewesen. Eine große Menge Delegierter und Gäste von Berlin und aus dem ganzen Reich ist dem Rufe gefolgt und wird mit uns an der Lösung der Probleme arbeiten. Wir hoffen, daß die Tagung des Gewerkschaftsrings auf die Öffentlichkeit derart wirkt, daß auch die Kreise, die noch nicht das notwendige Verständnis aufbringen, endlich aufgerüttelt werden, und sich veranlaßt sehen, die Mittel anzuwenden, die zur Förderung unserer Wirtschaft und der Lebensmöglichkeit beitragen. Redner wirft dann einen Rückblick auf die Entstehung des Gewerkschaftsrings und weist mit aller Schärfe die überhebliche Auffassung der völkischen Kreise zurück, daß sie allein die Begriffe Vaterländisch und National in Erbpacht genommen hätten. Auch der Gewerkschaftsring sei national und arbeite für das Vaterland, ohne aber mit diesen Begriffen Mißbrauch zu treiben.

Redner begrüßte dann die Vertreter der Reichs- und Staatsregierungen, ferner die Vertreter der befreundeten Organisationen aus Holland, Elsaß-Lothringen und die Abordnungen aus dem Saargebiet und der freien Stadt Danzig. Unter lebhaftem Beifall begrüßte er dann den Bodenreformer Adolf Damaschke und die zahlreich erschienene Presse, indem er dem Wunsche Ausdruck gab, daß letztere auch weiter bereit sei, die Ideen der Arbeitnehmerchaft zu vertreten und zu fördern.

Handelsminister Dr. Schreiber übermittelte die Grüße der Preussischen Staatsregierung und der Reichsregierung, insbesondere des Reichsarbeitsministers und des Reichswirtschaftsministeriums. Leider sei der Herr Reichsarbeitsminister verhindert, persönlich zu erscheinen, da er zur Zeit in London weile, behufs Besprechung über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag. Aber er habe einen ganzen Stab von Mitarbeitern hier hergeschickt und dadurch sein Interesse an den Arbeiten des Gewerkschaftsrings bekundet. Ihm selbst bereite es große Freude, heute an der machtvollen Kundgebung der Arbeitnehmer teilnehmen zu dürfen. Je schwieriger die Verhältnisse sind, um so größere Anforderungen werden an die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerorganisationen gestellt. Es sei eine Freude, in diesem Kreise auszusprechen zu dürfen, daß die Arbeitnehmerorganisationen diesen an sie gestellten Anforderungen sehr gerecht geworden sind, und er gäbe sich der Hoffnung hin, daß auch die jetzige Krise im Zusammenwirken der Arbeitnehmerorganisationen mit Reichs- und Staatsbehörden überwunden werden könne. In diesem Sinne wünsche er den Verhandlungen des Kongresses den besten Erfolg.

Reichstagsabgeordneter Gust. Schneider sprach als erster Redner über „Soziale Steuergesetzgebung“. Eine vernünftige Steuergesetzgebung müßte so sein, daß sie in der Einziehung billig und in der Gestaltung so einfach sei, daß jeder Steuerpflichtige ohne Beratung in der Lage sein müßte, seine Steuern zahlen

zu können. Die Steuern müßten auch so sein, daß sie der Wirtschaft die Lebensmöglichkeit lassen, der wirtschaftlich Stärkste müßte die größte Steuerlast tragen. Leider treffe dies alles bei der deutschen Steuergesetzgebung nicht zu. Die im Gewerkschaftsring zusammengeschlossenen Arbeiter, Angestellten und Beamten seien sich wohl bewußt, daß die übermäßige Belastung der Bevölkerung durch den verlorenen Krieg von allen Schichten der starken Lasten auf die starken Schultern, und die schwachen Lasten auf die schwachen Schultern verteilt werden. Demgegenüber sehen wir aber, daß die Lohnsteuer noch unendlich hart drücke und schon den Bedigen hindere, einen Spargroschen zur Gründung eines eigenen Haushalts zurückzulegen. Auch die Verbrauchssteuer und die Zölle auf lebensnotwendige Dinge sind noch ungeheuerlich, und derart verzerren, daß ihre Erhebung durch den notwendigen großen Apparat den Ertrag zum Teil wieder aufsteckel. Dagegen sind die Besitzsteuern noch sehr ausbaufähig. Eine neue Steuerreform stehe nun wieder in Sicht, da der neue Reichsfinanzminister, Herr Reinhold, gegenüber seinem Vorgänger, der viel zu viel Geld in die Reichskasse fließen ließ, einen anderen Kurs einschlagen will. Wir müssen hierbei unseren ganzen Einfluß aufwenden, daß sowohl die Lohnsteuer, wie die Umsatzsteuer einem erheblichen Abbau unterzogen werden.

Den zweiten Vortrag hielt Herr Max Fürstenberg, der Vorsitzende des Bankbeamtenvereins und Mitglied des R. W. A., über „Soziale Arbeitsgerichte“. Gegenüber den wirtschaftlichen Nöten, die in der jetzigen Weltordnung unvermeidlich sind, kann das Leben nur ertragen werden, wenn alle Volksgenossen, auch die Ärmsten das Bewußtsein haben, in der Gerichtsbarkeit vollständig unparteiisch behandelt werden. Die Gerichtsbarkeit muß aber nicht nur unparteiisch, sondern auch sozial sein. Achtzig Prozent der Einwohner Deutschlands sind Lohn- und Gehaltsempfänger, gehören also zu den wirtschaftlich Schwachen. Sie können nicht wegen zurückgehaltenem Lohn usw. jahrelange Prozesse führen, sondern sie brauchen eine schnell arbeitende Gerichtsbarkeit. Dieser Forderung tragen die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte Rechnung; während des Krieges sind noch die Schlichtungsausschüsse hinzugekommen. Seit 1919 ist man nun dabei, diese soziale Gerichtsbarkeit zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. Redner schildert die mehrfach ausgearbeiteten Entwürfe und befaßt sich dann mit dem jetzigen Regierungsentwurf, eines Arbeitsgerichtsgesetzes. Mit aller Schärfe sprach er sich gegen den von den Rechtsanwälten gewünschten Anwaltszwang für die erste Instanz aus. In sehr drastischer und oftmals von stürmischer Zustimmung unterbrochenen Darlegungen zeigte er, daß nur der vielgehaßte und der vielgeschmähte Gewerkschaftssekretär in der Lage sei, sich so in das Empfinden der klagenden Arbeitnehmer und in die Eigenarten der Vertrags- und Tarifbestimmungen hineinzufinden, daß er in der Lage sei, als Anwalt des Arbeitnehmers aufzutreten. Ferner ist Redner für eine stärkere Hinzuziehung der Beisitzer bei den Landesarbeitsgerichten und beim Reichsarbeitsgericht.

Ueber „Neue Aufgaben der Gewerkschaftspolitik“ sprach Koll. Anton Erkelenz. Er forderte als wesentlich für den demokratischen Staat die Ueberleitung der Sozialpolitik des Untertanenstaates zur Sozialpolitik der Selbstverwaltung. Das bedeute die grundsätzliche Forderung nach möglicher Entstaatlichung der Sozialpolitik. Ferner hätten die Gewerkschaften in Zukunft entscheidende Aufgaben in dem Aufbau und der Modernisierung der Wirtschaft, so daß neben und über den Agitator der sachkundige Wirtschaftskenner stehen müsse. Unbeschadet der Meinungsverschiedenheiten zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer sei eine gemeinschaftliche Mitwirkung beider Teile an der Wiedererrichtung der nationalen Wirtschaft nötig. Zur Einordnung der Erwerbslosen in den Arbeitsprozeß sei der beste Weg eine umfassende Bauernsiedlung. Deshalb forderten die freiheitlich-nationalen Arbeitnehmer die jährliche Errichtung von 10 000 neuen Bauernstellen.

Mex = Straßburg dankt für die Einladung, überbringt Grüße des internationalen Bundes der Handlungsgehilfen und der französischen Spitzenorganisationen. Er spricht warm für die internationale Zusammenarbeit, die auch für die politisch-neutrale Gewerkschaftsbewegung notwendig sei. Er konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß sich diese junge Internationale bereits über 10 europäische und eine Anzahl überseeische Länder ausbreitet habe. Er habe sich vorgenommen, dem Kongreß nicht als Gast, sondern als Mitarbeiter beizuwohnen.

Berghuis = Holland überbrachte die Grüße unserer holländischen Freunde und sprach die Hoffnung aus, daß die Arbeiten des Kongresses einen guten Verlauf nehmen mögen zum Nutzen der deutschen Arbeitnehmerschaft.

Mit einem markigen Schlußwort des Kollegen Hartmann war die öffentliche Kundgebung zu Ende. Am Nachmittag läste eine geschlossene Delegiertenitzung, in welcher der Generalsekretär Kollege E. Lemmer den Geschäftsbericht erstattete. Derselbe wies ein hohes Maß von Arbeit aus und zeigte, daß der Gewerkschaftsring keine sich darbietende Gelegenheit vorübergehen ließ, um für die Interessen der Arbeitnehmerschaft einzutreten. Auch der innere Ausbau des Gewerkschaftsrings hat ganz erhebliche Fortschritte gemacht, und ist zu erwarten, daß dieser Kongreß sich auch auf jene Gebiete fruchtbringend auswirken wird, die in der praktischen Agitationsarbeit noch zurückstehen. Eine reiche Anzahl von Anträgen trug dem weiteren Ausbau des Gewerkschaftsrings Rechnung. Nach eingehender Aussprache wurden sämtliche Anträge dem Vorstände zur Berücksichtigung und weiterer Durcharbeit überwiesen. Damit trat der Schluß des ersten Verhandlungstages ein.

Sozialpolitische Reinigungskrise.

Ein Schlußwort.

Von Ernst Lemmer, M. d. R., Generalsekretär des Gewerkschaftsrings.

Verschiedene Anzeichen könnten zu der Hoffnung berechtigen, daß sich die Vertrauenskrise in der deutschen Sozialpolitik, deren Motiv von mir in der „Frankfurter Zeitung“ vom 6. Dezember und vom 15. Dezember dargelegt wurde, zu entspannen beginne. Die öffentliche Diskussion, die durch jene Aufsätze auf allen Seiten ausgelöst wurde und die in der vergangenen Woche im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages zu einem gewissen klärenden Abschluß gebracht werden konnte, hat sicherlich Trauriges und Schmerzliches geoffenbart. Unsere politische Atmosphäre war verpestet und zwar in einem Umfange, wie es damals, im Dezember selbst der größte Pessimist nicht ahnen konnte. Das heute vorliegende Ergebnis übertrifft bei weitem das, was zunächst behauptet und zur Klärung gestellt werden konnte. Der Zeitpunkt scheint mir nunmehr gekommen zu sein, in ruhiger Sachlichkeit wieder auf den Ausgangspunkt der in der „Frankfurter Zeitung“ eröffneten Auseinandersetzung hinzuweisen. Es besteht sonst die Gefahr, daß man im hitzigen Parteienstreit über das sachliche Ziel hinausginge und mehr zerstörte, als zur Klärung und sozialpolitischen Reinigung vonnöten ist.

Um was handelt es sich? Die Geschäftsführung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände wurde angeklagt, in ihrer Propagandatätigkeit zu ganz unüblichen und höchst bedenklichen Methoden gegriffen zu haben. Diese bedenkliche Methodik der Propaganda hatte System. Was bei den christlichen Gewerkschaften durch einen sozialpolitisch korumpierenden Einbruch in die rechte Flanke auf direktem Wege erreicht werden sollte, indem man Führer der rechten Flügelgruppe, die in ihrer gewerkschaftlichen Mentalität der Auffassung der sogenannten „Gelben“ am nächsten steht, finanziell zu binden wußte, das sollte bei den freigewerkschaftlichen Arbeitern auf indirektem Wege erreicht werden, indem man in ihre Reihen, ebenso korumpierend, angebliche sozialistische Literatur zur Propagierung sozialpolitischer Gedanken der Arbeitgebervereinigung einschmuggelte. Hatte die eine Methode, wenn auch vielleicht unerwartet, politisch höchst gefährliche Auswirkungen zur Folge — brachte sie doch, zumindest unmittelbar, die Geschäftsführung deutscher Arbeitgeberverbände in Beziehungen zu den staats- und gesellschaftszerstörenden Gruppen der extrem-nationalistischen Bewegung — so mußte die andere Methode, über einen buchstäblich gefälschten „sozialistischen“ Verleger sozialreaktionäre Literatur unter falscher Flagge unter die Arbeitererschaft zu bringen, die aus sachlichen Gründen die schon reichlich geübte Atmosphäre in der deutschen Sozialpolitik geradezu vergiften. So sehr sich auch der soziale Kampf in den letzten Jahren wieder verschärft hatte, so hielten trotzdem die Führer der sozialpolitischen Spitzenorganisationen in beiden Lagern, auch nach dem Zerfall der Zentral-Arbeitsgemeinschaft, an einer sachlichen und fairen Kampfweise fest. Um so katastrophaler wirkten deshalb die Enthüllungen über die gekennzeichneten Methoden der sozialpolitischen Spitzenorganisation der Arbeitgeberverbände, die die Beziehungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft erheblich trüben mußten. Jegliches Vertrauen wurde untergraben. In erregter Einmütigkeit erhoben sich deshalb die drei gewerkschaftlichen Richtungen zur Abwehr solcher Methoden, rüchichtslos stellten sie in ihren eigenen Reihen, so weit das erforderlich war, die Ordnung her. Die Opfer der Propagandapolitik des Herrn v. Zengen wurden eindeutig und

offen abgeschüttelt, und mit Recht konnte Frank Glazel im Organ des Deutschen Gewerkschaftsbundes feststellen, daß sich die drei Gewerkschaftsrichtungen nicht gegeneinander treiben ließen, sondern sofort begriffen hätten, daß sie in diesem Fall gegen einen gemeinsamen Gegner, der sie korrumpieren wollte, in einheitlicher Front zu stehen hätten. Ebenso unterstrich der „Deutsche“ daß es vollkommen richtig war, in der „Frankfurter Zeitung“ von einer „sozialpolitischen“ Vertrauenskrise zu sprechen.

Auch in den Reihen der Arbeitgeber, das soll mit Genugtuung festgestellt werden, rührten sich alsbald die Kräfte die auf Sauberkeit bedacht sind und die nicht dulden wollen, daß durch eine dunkle und trübe Kampfweise die sachlich schon reichlich gegebenen Schwierigkeiten in der Sozialpolitik noch fahrlässig und gewissenlos verstärkt würden. Auf der Dezentertagung des Reichsverbandes der Industrie, wenn auch hinter verschlossenen Türen, rückte man eindeutig und energisch von der Propagandatätigkeit der Arbeitgebervereinigung ab. Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wandte sich zu wiederholten Malen mit erschütternder Deutlichkeit gegen die „Sozialpolitik“ der Arbeitgebervereinigung, „die sich etwas dunkler, von Korruptionsversuchen nicht freier, Machenschaften bedient habe“ und „zu dunklen Wegen Zuflucht genommen habe“. Das Präsidium der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände muß praktisch der gleichen Meinung gewesen sein, sonst hätte sie wohl nicht nach Abschluß eines von ihr selbst eingeleiteten und durchgeführten Untersuchungsverfahrens dem verantwortlichen Propagandachef, Herrn v. Zengen, schleunigst den schlichten Abschied gegeben. Die reinigende Wirkung dieser Maßnahme wäre in der Öffentlichkeit vielleicht stärker gewesen, wenn die verantwortlichen Männer der Deutschen Arbeitgeberverbände bereits in einem früheren Stadium die erforderlichen Schritte unternommen und nicht anfänglich versucht hätten, den unmöglichen Herrn von Zengen gegen die notwendigen und berechtigten Angriffe zu schützen. Der Reinigungsprozeß würde sich dann sicherlich rascher, gründlicher und weniger sensationell vollzogen haben, was offenbar dem sozialpolitischen Interesse mehr entsprochen hätte, als die späterhin unvermeidliche Verschiebung der Diskussion auf das politische Gebiet. Versagt hat völlig, das muß in diesem Zusammenhang mit Bedauern festgestellt werden, die Gesellschaft für Soziale Reform; ihre Aufgabe wäre es gewesen, vermittelnd und reinigend einzugreifen. Hätte die Gesellschaft für Soziale Reform rechtzeitig zum Schutz der Sauberkeit in den Beziehungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften die erforderlichen Schritte unternommen, wäre die Verschärfung in der sozialpolitischen Vertrauenskrise vielleicht zu vermeiden gewesen.

Für die deutsche Sozialpolitik ist diese Vertrauenskrise mit der Feststellung der Ergebnisse noch keineswegs überwunden. Wohl ist eine Klärung erfolgt, sie genügt aber nicht, wenn aus den bedauerlichen Geschehnissen nicht alle notwendigen Konsequenzen gezogen werden, Konsequenzen, die vor allem die Sicherheit geben, daß die Methode des Herrn von Zengen in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik Episode bleiben und ihre Wiederholung für alle Zukunft unmöglich gemacht wird.

Nach Mitteilungen der Presse steht eine weitgehende Umstellung in der personellen Zusammensetzung der Geschäftsführung der Arbeitgeberverbände bevor. Was darüber bisher bekannt wurde, kann nicht ganz ohne Besorgnis hingenommen werden. Dr. Tänzler dessen vornehmer Charakter und gediegene Sachkenntnis über allem Zweifel stehen, scheidet in einigen Monaten aus den Diensten der Vereinigung aus, obwohl gerade er für die Propagandapolitik der Vereinigung nicht haltbar zu machen ist. Andere die nicht so Unbeteiligte, bleiben dagegen in ihrem Amt. Und der in Aussicht genommene Nachfolger Dr. Tänzlers kommt aus der Verwaltung, aus der er aus politischen Gründen ausscheiden mußte. Ob er den neuen Geist der deutschen Sozialpolitik besser begreifen wird? Der Freund sozialpolitischer Fortschritts und verständiger Zusammenarbeit kann leider diese Frage nur mit einiger Besorgnis stellen.

Was not tut, ist sachliche Zusammenarbeit. Ohne gegenseitiges Vertrauen dürfte das, zumal nach dem, was geschehen ist, nicht ganz leicht sein. Deshalb werden sich die an der Sozialpolitik direkt Beteiligten alsbald miteinander darüber zu verständigen haben, welche praktischen Schlußfolgerungen im einzelnen noch zu ziehen sind. Je rascher diese Verständigung erfolgt, um so eher wird es gelingen, die Reinigung der sozialpolitischen Atmosphäre mit absoluter Sachlichkeit durchzuführen. In der Diskussion der letzten Wochen ist der Schwerpunkt der Affäre etwas vom Sozialpolitischen in das Politische verschoben worden; dadurch könnte der sozialpolitische Ausgangspunkt leicht verschüttet werden. Auf ihn muß deshalb immer wieder hingewiesen werden, da der notwendige Reinigungsprozeß in seinem Wesen nur sozialpolitischer Natur sein kann.

Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage.

(Nach der amtlichen Zusammenstellung vom 6. März 1926.)

Nach Mitte Februar ging die Anzahl der Arbeitslosen in einer Reihe von Bezirken der Landesarbeitsämter bereits zurück; sie blieb in anderen Bezirken im wesentlichen stehen, und die Nachfrage der Außenberufe der Landwirtschaft und des Baugewerbes führte überdies eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes herbei. Aller-

ings wurde sie zum Teil durch die verschiedentlich weitergehenden Betriebseinschränkungen in der Industrie wieder aufgewogen.

Im ganzen ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der Zeit vom 1. bis zum 15. Februar noch etwas gestiegen.

Auch nach den Einzelberichten, die aus der Industrie für rund 2 Millionen Beschäftigte vorliegen, hat sich die Beschäftigung zunächst noch verschlechtert, von 3653 Unternehmungen mit 133 Millionen Arbeitern und Angestellten liegen vergleichbare Angaben über den Beschäftigungsgrad im Februar und im Januar d. J. vor. In diesen typischen Betrieben sank die Zahl der Beschäftigten seit dem 15. Januar um 3,3 v. H., während nach der Januarberichterstattung sich die Belegschaft um 5,4 v. H. verringert hatte. In Betrieben mit schlechtem Geschäftsgang waren 77 v. H. der Beschäftigten tätig gegenüber 66 v. H. im Januar.

Im Lokomotiv- und Waggonbau ist die Gesamtlage unverändert. Im Düsseldorf-Bezirk nahm die Beschäftigung der Waggonbaubetriebe ab. Die Preise der belgischen Industrie lagen im Durchschnitt um 50 v. H. unter den deutschen neben dem niedrigen Kursstand des belgischen Franken kamen dafür auch die von den belgischen Arbeitgebern einseitig erfolgten Herabsetzungen der Tariflöhne in Betracht.)

Die Werkstätten zeigten nach den Berichten der Landesarbeitsämter zum Teil eine etwas günstigere Aufnahmefähigkeit für Arbeitskräfte; verschiedentlich kam es aber noch zu weiteren Arbeiterentlassungen.

Im Kraftwagenbau war eine langsame Zunahme der Auftragsgänge im S.-R.-Bezirk Frankfurt a. Main zu beobachten. Nach anderen Berichten, so der S.-R. Elbing, hat sich die Gesamtlage gegen den Vormonat kaum verbessert; ein kleiner Auftrag des Reichspostministeriums bot nur vorübergehende Beschäftigung für einen Teil der Arbeiterkraft.

Die Fahrradindustrie hatte nach wie vor schleppenden Bestelleingang. Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten ist bei den meisten Fabriken im Februar heruntergegangen (Verbandsbericht). Bei einer ganzen Reihe von Betrieben wurde Kurzarbeit eingeführt. Das gleiche gilt für die Fahrradlaternenfabriken.

Die Werkzeugmaschinenfabriken melden Betriebseinschränkungen. In fast sämtlichen Betrieben im S.-R.-Bezirk Blauen wurde Kurzarbeit eingeführt. Insbesondere sind die Aufträge aus dem Auslande zurückgezogen.

In der Landmaschinenindustrie haben sich die Verhältnisse im allgemeinen nicht gebessert. Vereinzelt hat die nahende landwirtschaftliche Frühjahrsarbeit den Geschäftsgang etwas günstiger gestaltet. Im Bezirk Königsberg hielt die Stille auf dem Inlandsmarkt an; die Ausfuhr ist nach wie vor behindert durch die Schwierigkeit, mit den niedrigeren Preisen der Auslandsbetriebe zu konkurrieren.

Im Textilmaschinenbau ist der Geschäftsgang nach den eingegangenen Berichten unverändert. Die bestehenden B-

triebseinschränkungen konnten nicht gemildert werden. Bei den Nähmaschinenfabriken ergab sich zum Teil ein weiterer Absatzrückgang im Vergleich zu den Vormonaten. Doch wird aus Thüringen eine bessere Aufnahmefähigkeit für Arbeitskräfte gemeldet. Die Ausfuhrmöglichkeit ist durch hohe Gestehungskosten stark beschränkt.

Die Rundholzindustrie hatte wenig befriedigenden Umsatz.

Im Baugewerbe konnten trotz günstigen Wetters die gegen Ende des Vormonats beobachtete leichte Besserung der Baumarktlage nur sehr langsam Fortschritte machen. In verschiedenen Bezirken war in geringem Umfang eine weitere Wiederaufnahme der Bautätigkeit festzustellen. Sie erstreckte sich jedoch nur auf Fortsetzung bereits begonnener behördlicher Bauarbeiten oder Siedlungsbauten; neue größere Aufträge, die auf eine künftige gute Entwicklung schließen ließen, blieben aus, weil die Finanzierungen mittels der Hauszinssteuer noch nicht genügend feststanden. Da sich noch immer kein Privatkapital für die langfristige Anlage in Bauten findet, bestanden die schwierigen Geldverhältnisse für die Unternehmer fort, obwohl bezüglich der Beleihungsbedingungen nach dem Bericht der S.-R. Breslau durch die Steigerung der Pfandbriefkurse eine wesentliche Erleichterung eingetreten ist.

Die Nachfrage nach Bauarbeitern blieb in der ersten Hälfte des Berichtsmonats gering; nach den Stichtagsmeldungen der größeren Arbeitsnachweise ist die Zahl der arbeitssuchenden Bauarbeiter noch etwas weiter gestiegen. Erst gegen Ende des Monats war nach den Berichten der Landesarbeitsämter ein leichter Rückgang der Arbeitslosenzahlen festzustellen.

Durch Nachlassen einiger Baustoffpreise, namentlich für Bauholz, sind die Gesamtbaukosten etwas gesunken.

Die Gesamtlage im Holz- und Schnitzstoffgewerbe läßt sich einheitlich nicht beurteilen. Während die Möbelindustrie im allgemeinen noch darniederliegt, hat sich die Lage der Sägewerksindustrie offensichtlich etwas gehoben. Im Gesamtbild ergibt sich nach den Berichten von 204 typischen Betrieben eine Zunahme der schlecht beschäftigten Betriebe von 83 auf 88 v. H. der Beschäftigten.

In der Sägewerksindustrie brachte der Februar allgemein eine leichte Besserung des Beschäftigungsgrades. Ein Zeichen für einen Umschlag der Stimmung ist es wohl, daß verschiedentlich zum Ausdruck gebracht wird, Zahlungseinstellungen würden kaum mehr zu erwarten sein. Die Besserung brüht sich auch in verstärkter Nachfrage auf dem Holzmarkt, insbesondere für Nadelholz, weniger für Laubholz, aus. Dagegen sehen Bau- und Grubenholzer weniger gut, so daß bei dem vorhandenen großen Vorrat nur gedrückte Preise zu erzielen sind.

Der Geschäftsgang in der Möbelindustrie ist andauernd ungünstig geblieben. Dies gilt weniger für weiße und Büro- als für sonstige Möbel. Stark verkürzte Betriebszeit und Stilllegungen werden aus Württemberg, Brandenburg, Freistaat Sachsen, Elsaß, Lippe-Deimold, Köln, Nordbayern und Schlesien gemeldet. Der Zusammenhang dieser Industrie mit dem noch nicht recht belebten Baumarkt ergibt sich insbesondere auch für den Beschäftigungsgrad der Stuhlindustrie, die sich verschlechtert hat.

Besonders in den ländlichen Bezirken ist bei der jetzigen schwierigen Lage in der Landwirtschaft ein großer Teil der selbständigen Handwerker unbeschäftigt. In der Bautischlerei fehlte es trotz des milden Wetters noch an Aufträgen aus dem Baugewerbe. In der Möbeltischlerei können Aufträge angesichts der Kaufunfähigkeit des Publikums nur zu sehr bedrückten Preisen hereingenommen werden. Vorratsarbeit aber ist infolge von Kapitalmangel kaum möglich. Für die Stellmacher ist die gegenwärtige Jahreszeit ungünstig.

Das Drechslerhandwerk, das sich teilweise auf Anfertigung von Verzierungen für Korbmöbel umgestellt hat, wird durch die Absatzschwierigkeiten der Korbindustrie in Mitleidenschaft gezogen (G.-R. Hannover.)

Die Spielwarenindustrie, besonders im Erzgebirge, hat Absatzschwierigkeiten, die zum Teil auch auf Preisüberforderungen des Handels zurückgeführt werden. Bemerkenswert ist die Feststellung einer Firma (wie auch ähnlich eines großen Holzbearbeitungswerkes), daß sich die Arbeitsleistung bei Kurzarbeit beträchtlich gesteigert habe.

Die Bürsten-, Pinsel- und Zelluloidwarenfabrikation (S.-R. Blauen) konnte ihre Belegschaften bei Betriebswiederaufnahme höchstens bis zur Hälfte wieder einstellen. In der Korbwarenindustrie ist in engen Grenzen etwas Nachfrage vorhanden (S.-R. Bayreuth). Die Lage in der Siederwagenindustrie scheint sich auf Grund verschiedener Berichte zu beleben. Durchschnittlich arbeiteten die Mehrzahl der Firmen voll bei gleichgebliebener Beschäftigtenzahl.



Die Tüchtigsten in den Betriebsrat!

In der Sturmperiode von 1920 entstand das Betriebsrätegesetz. Heiß umstritten war der Inhalt. Die einen sahen in ihm den ersten Schritt zum Bolschewismus, die anderen bezeichneten die Errungenschaften in ihrer jetzigen Gestalt als mangelhafte Ergebnisse, mit denen nichts anzufangen sei. Nur die Beonnenen allein erolichten den Fortschritt. Sie hatten besonders schweren Stand gegenüber den ringenden Extremen, gegenüber Schwärmern und Rabitalinkis. Inzwischen sind Schwärmer und Schreier gecheitert. Die praktischen und fähigeren Elemente haben sich durchgesetzt. Heute ist die Bahn offen für diejenigen Betriebsangehörigen, die nicht nur bei den Arbeitnehmern, sondern auch bei den weitblickenden von sozialem Geist besetzten Unternehmern Anerkennung finden. Das Recht des Mitbestimmens ist ja auch nur Form. Den Inhalt verbürgt erst das Mitbestimmen-können. Nur die tüchtigsten Mitarbeiter der einzelnen Betriebe dürfen an der Spitze stehen, wenn Erfolge erzielt werden sollen. Männer und Frauen mit klarem Blick und starkem Charakter heißt es in einem Flugblatt des Gewerkschaftsbundes der Angestellten sollen führend sein. Also Kräfte, die bewillt und befähigt sind nicht nur mitzubestimmen, sondern auch verantwortlich zu handeln. Nur eine gesunde wirtschaftliche Betrachtung der Dinge könnte die Betriebe durch die Wirtschaftskrise hindurchsteuern und produktionsfördernd auswirken. Volle Ausnutzung der Rechte des Betriebsrätegesetzes sei die Vorbedingung zur Durchdringung der Wirtschaft mit sozialem Geiste. Nur durch eine sinngemäße, ernsthafte Ausübung würde der Weg zur Gewinnbeteiligung und Erfüllung der Forderung auf Einkhaltung als gleichberechtigteter Wirtschaftsbürger geebnet werden. Dieser vernünftigen Parole können sich alle Einkichtigen nur anschließen.

Zeitgemäße Erholungsfürsorge.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten, welcher mit uns im Gewerkschaftsring als Spitzenorganisation vereinigt ist, veranstaltet auch in diesem Jahre eine größere Anzahl Ferien- und Studienreisen in die schönsten Gebiete des In- und Auslandes (Rhein, Ober-Bayern-Tirol, Holland, Schweiz, England, Weser und Deutscher Wald, Berlin-Potsdam-Spreewald, Sächsische Schweiz und böhmische Länder, Nordlandreise bis zum Nordkap, Harz, Odenwald-Spessart-Schwarzwald, Große und kleine Hanjafahrt mit Amrum und Helgoland, Dänemark.)

Vielen Einzelreisenden bleiben Vergünstigungen, Befreiungen usw. versagt, die bei Gesellschaftsreisen des G. D. A. gestattet werden. Die Teilnahme ist schon aus diesem Grunde sehr zu empfehlen. Neben der Teilnahme an den genannten Ferienreisen stehen Nichtmitgliedern auch 9 Erholungs- und Kinderheime ebenfalls zu vorteilhaften Bedingungen zur Verfügung. Näheren Aufschluß gibt die neue Nummer der Ferienzeitschrift „Wir reisen“ (10 Bg.) G. D. A. Reiseverlag, Hamburg 36, Büchstraße 4.

Steuerberechnung für Kurzarbeiter.

Nach einem Erlaß des Reichsfinanzministers an die Landesfinanzämter vom 9. Februar 1926 — Aktenzeich. Me 900 — sind bei Kurzarbeit die vollen Ermäßigungen von dem erreichten Verdienst in Abzug zu bringen. Ohne Rücksicht darauf, wieviel Tage in der Woche der Arbeiter tatsächlich beschäftigt ist, sind die vollen Wochenermäßigungen freizulassen.

Steuerfreier Lohnbetrag wöchentlich	24,— Mf.
Ermäßigung für die Ehefrau wöchentlich	2,40 Mf.
Ermäßigung für das 1. Kind wöchentlich	2,40 Mf.
Ermäßigung für das 2. Kind wöchentlich	4,80 Mf.
Ermäßigung für das 3. Kind wöchentlich	9,60 Mf.
Ermäßigung für das 4. Kind wöchentlich	14,40 Mf.
Ermäßigung für das 5. und jedes folgende	19,20 Mf.

Haben die Arbeitgeber oder die Finanzämter anders gehandelt, so besteht Anspruch auf Erstattung der zuviel gezahlten Lohnsteuer. Der Antrag muß bei dem Finanzamt gestellt werden. Die Arbeitgeber haben die dazu notwendige Bescheinigung auszufüllen. Dieselben Bestimmungen, wie für Kurzarbeiter, gelten auch bei Krankheit oder wenn der Arbeiter ohne sein Verschulden an einigen Tagen der Woche keinen Arbeitslohn bezogen hat. Die Beschäftigung muß aber bei demselben Arbeitgeber erfolgt sein.

Der Außenhandel im Januar 1926.

Die erfreuliche Besserung der deutschen Handelsbilanz im Dezember, wo wir zum ersten Mal seit langer Zeit einen Ausfuhrüberschuß in Höhe von 33,3 Millionen Mark hatten, hat sich im Januar fortgesetzt. Die vorläufigen Ergebnisse des deutschen Außenhandels für Januar weisen einen Exportüberschuß von rund 87 Millionen Mark auf. Dabei ist der im Januar vergrößerte Ueber-

schuß der Gold- und Silbereinfuhr mitberücksichtigt. Wenn man diesen abzieht und nur den reinen Warenverkehr betrachtet, so ergibt sich ein Exportüberschuß von rund 68 Millionen Mark. Dieser erhöhte Ueberschuß ist fast ausschließlich auf die weitere Drosselung der deutschen Einfuhr zurückzuführen. Wir haben für über 50 Millionen Mark weniger Waren vom Ausland bezogen, als im Monat vorher, so sind für 19 Millionen Mark weniger Lebensmittel für 27 Millionen Mark weniger Rohstoffe und für 3 Millionen Mark weniger Fertigwaren eingeführt worden. In der Ausfuhr sind nur kleine Änderungen festzustellen. Soweit bei einzelnen Warengruppen die Ausfuhr gegenüber dem Vormonat gerin-

	Gegenwartswerte in Millionen Mark		Mengen in 1000 To.	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Lebende Tiere	5,0	1,0	5,1	0,2
Lebensmittel und Getränke	224,4	66,2	436,3	293,8
Rohstoffe und halbfertige Waren	378,2	159,2	2314,8	2345,0
Fertige Waren	99,7	568,8	71,5	586,6
Reiner Warenverkehr	707,8	794,6	2827,7	3227,1
Gold und Silber	26,1	6,8	—	—
Zusammen	733,4	801,5	—	—

Besonders ist zu bemerken, daß die Sachlieferungen auf Reparationskonto in den Ausfuhrziffern dieser Statistik nicht mitgehalten sind.

Aus den Ortsvereinen.

Hamburg. Unsere letzte Versammlung war verhältnismäßig gut besucht. Nach Erledigung des Geschäftlichen referierte Bezirkssekretär U. Neumann (Genfer Verband) über „Arbeiterrecht“. Redner verstand es, seine Zuhörer für 3/4 Stunden zu fesseln. In verständlicher, einfacher Redeweise schilderte derselbe, daß der Arbeitgeber im Altertum für Erhaltungs der Arbeitskraft seiner Arbeiter mehr sorgte, als jetzt. Die achtstündige Arbeitszeit bestand. Ausgeruhte Kräfte schafften mehr als überarbeitete. Soziale Einrichtungen bestanden ebenfalls. Heute wird der Arbeiter ausgepreßt. Das Betriebsrätegesetz wird umgangen. Schilderte dann einige Episoden aus seiner Branche, die bei den Zuhörern Stauern hervorriefen. Gibt Aufklärung über Gepflogenheiten im Gastwirtsgerwerb und bittet, seine Kollegen bei Abschaffung des Trinkgelbunwesens behilflich zu sein. Der Vorsitzende dankt dem Referenten für seinen interessanten Vortrag. Die Diskussion war eine rege. Im Besonderen wurde für die Märzversammlung welche am 20. März stattfinden soll, beschlossen, nach Erledigung der Tagesordnung ein gemütliches Beisammensein stattfinden zu lassen. Der Vorstand bittet die Mitglieder, hierfür einfrisch zu agitieren. Besonders soll jedes Mitglied seine Frau, sowie erwachsene Söhne und Töchter mitbringen. Die „Liedertafel“ wird einfrische Lieder zu Gehör bringen. Mit der Bitte, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen und Humor mitzubringen, schloß der Vorsitzende die Versammlung. B. S.

Briefkasten.

Fr. B., Ulm. Mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bunt zu flechten. Druckfehler sind noch zu ertragen, wenn sie den Sinn nicht entstellen. Aber es kommt überall vor. In der „Fachszeitung des deutschen Holzgewerbes vom 27. 12. 1925 stand im Weihnachtsartikel: „Hat endlich die Menschheit genug vereinigte Verbände der Berliner Holzindustrie“ usw. Das war vom Verfasser auch nicht beabsichtigt.

Kollegen!

Zahl: Eure Beiträge pünktlich, damit Ihr Eurer Anrecht auf Unterstützung nicht verliert. Pünktliche Beitragszahlung in allen Fällen ist die erste Vorbedingung.

Die Beiträge sind fällig:

- für die 12. Beitragswoche vom 20.—26. März
- für die 13. Beitragswoche vom 27. März bis 2. April
- für die 14. Beitragswoche vom 3.—9. April
- für die 15. Beitragswoche vom 10.—16. April

Jedes Mitglied ist verpflichtet, wöchentlich im Voraus einen Wochenbeitrag zu bezahlen.

Aufgabe des Kassierers ist es, immer vor dem 10. eines Monats die Abrechnung des letzten Monats und das Geld einzusenden; auch Teil-Geldsendungen im Laufe des Monats. Der Vorsitzende hat darauf zu achten, daß dies geschieht.